

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Georg, Elisenberggasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis 19 Uhr. - Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Ringengasse Nr. 21. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 5-10 Uhr abends Gasthaus Wirtlicher, IX., Lazarethgasse 12. - Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
März 1920
Nr. 13 3. Jahrg.

Bezugspreise: Im Monatsabonnement mit Postaufschlag wie jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postaufschlag beträgt S 1.40 Vierteljährliche Bezugsgebühren für Deutschland Mk. 80. Die Bezugspreise sind im vorhinem zu entrichten. - Postfachkonto Nr. 69371.

Stalin mordet Oppositionelle Kommunisten.

Ein Flugblatt Aufruf der Opposition in Moskau an die Arbeiter aller Länder:

Gleich nach der Übergabe des Gen. L. Trotsky, des Führers der Oktoberrevolution, in die Hände der Weißgardisten, wurde gegen die besten Söhne des Proletariats, die Bolschewisten Leninisten, die Verteidiger der Oktoberrevolution, eine ganze Reihe von Repressionsmittel angewandt.

63 Bolschewiken-Oppositionäre, darunter die Genossen Dreizer, Gaezski, Grinschenko, Grinschtein, Raunoff, Mino, Bronstein, Marcenko, Walentinoff, Subroff, Iwanoff u. a., sind nach dem Zuchthaus Tobolsk, welches man jetzt als „Isolator“ bezeichnet, verbannt worden.

Die Parteiführer haben keinen Mut, den Arbeitern die Wahrheit zu sagen; sie schweigen über das neue Verbrechen.

Den Verwandten und Freunden der Verhafteten ist erklärt worden, daß sie nach Sibirien verbannt

Aus Protest gegen den unerhörten, ungeheuerlichen Aufenthalt in dem Zuchthaus, als Protest gegen das unerhörte Regime, haben die 64 Genossen am 4. Februar einen

Hungerstreik

erklärt. 12 Genossen, darunter der Genosse Dreizer, ein Held des Bürgerkrieges, welcher zwei Orden der roten Fahne hatte, sind in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus des Zuchthauses überführt worden.

Der Hungerstreik geht ununterbrochen weiter.

Genossen! In dem Sowjet-Zuchthaus sterben 63 Bolschewisten. Alle Arbeiter sollen diesen Fall genau wissen. Verbreitet diese

Freitag den 29. März, um 3 Uhr nachmittags beim Sandwirt Griesgasse

Arbeitslosen-Versammlung

Bericht über die letzte Aussprache mit dem Bürgermeister. - Was müssen die Arbeitslosen über die Gemeindevirtschaft vor der Wahl wissen. - Wofür kämpft die kommunistische Opposition. Referenten: Gen. Pfneisl und Gen. Holz. - Erscheint zahlreich!

Kommunistische Opposition.

werden sollten. Auch den Verhafteten ist erklärt worden, daß sie laut Bestimmung der SWL nach Sibirien verbannt werden sollten. Man hat sie aber nach dem Zuchthaus Tobolsk gebracht.

Die Forderungen nach warmen Kleidern oder warmen Schuhen sind ohne Antwort geblieben. Dem Gen. Bolschewik-Genossen Drobniß sind beide Beine gefroren.

Das Regime des Zuchthauses ist unerhört. Jede Überföndung von Sachen an die Verbannten ist verboten. Die Verhafteten dürfen sich nicht auf eigene Kosten verpflegen. Ein Zusammenkommen der Verhafteten ist untersagt. Auch auf die Schwerverkranken (Wanoff u. a.) wie auch auf die Genossin Kurmann, welche im 7. Monat schwanger ist, wird dieses Regime ohne Ausnahme angewandt

Flugblätter, erzählt es den Arbeitern bei der Arbeit, schreibt es Euren Freunden ins Ausland. Alle Proletarier müssen um dieses Verbrechen wissen.

Protestiert sofort, es kann sonst zu spät werden. Protestiert gegen das R.R., gegen die Z.R.R. Protestiert in den Parteikomitees, in den Zellen, in den Redaktionen, gruppenweise und einzeln. Sprecht in den Versammlungen, wählt Delegierte zur Unterstützung der Familien der Gefangenen.

Die Verantwortung für das Leben der 63 Bolschewisten, welche alles für die Arbeiterklasse geopfert haben, liegt auf uns allen, auf jeden Arbeiter, auf jedem Mitglied der Partei.

Bolschewisten-Leninisten (Opposition)

Moskau, 15. Februar.

Durchbrecht die Mauer!

Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten haben hinter den Kulissen ein stilles Aber-einkommen geschlossen, der kommunistischen Opposition keine größeren Versammlungen abhalten zu lassen.

Gebt das allen Proletariern bekannt!

Polizei wird zu den Gasthofbesitzern geschickt, uns die Lokale nicht zu geben. Die Soziald. Partei droht Wirtin, die uns Lokale geben wollen, mit Boykott; so war es beim „Straßenbahner“ in der Annenstraße. Annensäle wurde uns verweigert, Vergnügungspark, Steinfeldersäle, Sternsäle usw., nur den Sandwirt haben wir für eine Arbeitslosenversammlung noch bekommen.

Die Angst vor der Wirkung unserer Aufklärung

über die Gemeindevirtschaft der Bürgerlichen und Sozialdemokraten ist die Ursache, weshalb sie unsere Versammlungen verhindern.

Genossen und Genossinnen! Ihr könnt die Mauer, mit der man die Arbeiter von uns trennen will, niederreißen. Sammelt mit gehnsachtem Eifer Wahlfond und wir werden durch Flugblätter zu den Arbeitern sprechen.

Kommt alle, Parteimitglieder und „Mahnruf“-Leser, jeden Montag um halb 8 Uhr ins Parteilokal, um die Flugblätter unter die Arbeiterschaft, vor die Betriebe und in die Wohnungen zu tragen.

Sorget dafür, daß alle Werktätigen von den Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Opposition Kenntnis bekommen.

Unsere Antwort auf den Wahlaufruf der Sozialdemokraten.

Ihr sagt, wir Sozialdemokraten haben in fünf Jahren 672 Wohnungen gebaut.

Wer ist in diese Wohnungen gekommen? Nicht die Bedürftigsten unter den Wohnungslosen, sondern die Protektionkinder!

Ihr sagt, wir Sozialdemokraten haben ganze Straßenzüge erneuert.

Wo habt ihr begonnen, sie zu erneuern? In den Vierteln der Reichen, in den Vierteln der Geschäftsbourgeoisie. Im Jahre 1919 hat euer Parteigenosse Schacherl geschrieben: „Es darf nicht genügen, daß die Straßen und Plätze in den Vierteln der wohlhabenden Schichten gut gepflegt sind, während man in den Proletarierbezirken im Staub erstickt, im Kot versinkt oder im Schnee waten muß. Gleichmäßige Behandlung der Stadtteile ist notwendig, was heute meist nicht der Fall ist, da die Vertreter der privilegierten Schichten im Gemeinderat auch in dieser Hinsicht nur für die besitzende Klasse sorgen“. Ihr habt also in dieser Hinsicht ebenso gehandelt, wie die Bürgerlichen. Die Proletarierbezirke laßt ihr im Dreck schwimmen.

Ihr sagt, wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß gepflegte Gartenanlagen die Stadt schmücken, daß die Stadt ein neues prächtiges Antlitz bekommen hat. Das ist wahr. Am Opernring prangt ein prächtiger Rosengarten, teure Blumen zieren den Stadtpark. Rathaus und die Theater wurden mit Blumen geschmückt. Einen Zierteich, der 100 Millionen Kronen kostet, werdet ihr im Stadtpark errichten, den Uhrturm werdet ihr beleuchten und 50 Millionen im Jahr dafür ausgeben. Zur Verschönerung habt ihr auch die Mariensäule am Bismarckplatz aus Gemeindemitteln vergolden und aufstellen lassen, ebenso eine Mariensäule am Griesplatz.

Ob die Proletarier euch, Sozialdemokraten, in den Gemeinderat entsandt haben, damit ihr solche Luxusausgaben für die Stadtteile der Wohlhabenden macht, das bezweifeln wir. Die Proletarierbezirke wurden vernachlässigt.

Ihr sagt, unter uns Sozialdemokraten hat die soziale Fürsorge für Mutter, Kind, die Verarmten, die Alten, die Hilflosen eine vorbildliche Förderung erhalten.

Die Stadtarmen bekommen höchstens 33 S im Monat. Unter 80 Jahren bekommen sie noch weniger, vollkommen Hilflose bekommen auch nicht mehr. Die Verpflegung im Versorgungshaus ist schlecht, die Behandlung nicht gut. Das Jugendamt gibt die Kinder hilfloser Proletarier zu Bauern, wo sie meist verwaistlos. In den Kinderergärten sind Gatterinnen angestellt, die die Kinder im frühesten Alter schon klerikal verdummen. Das alles nennt ihr vorbildlich!

Ihr sagt, wir Sozialdemokraten haben die Verwaltung reformiert und im wahren Sinne zu einer Verwaltung für das Volk gemacht.

Ein Verwaltungsapparat, der ein bürokratisches Beamtentum züchtet, deren oberste Kategorien Gehälter über sieben Millionen im Monat haben, dessen

Beamten die Proletariat schodrig behandeln und vor den Reichen lagbuckeln, kann nur in euren Augen im „wahren Sinne eine Verwaltung für das Volk sein.“

Ihr sagt, eure Tätigkeit war sozialistische Arbeit. Entsetzt den Sozialismus nicht. Soudelt dem Proletariat nicht eure kleinbürgerliche Tätigkeit als Sozialismus vor. An sozialistische Aufgaben könnt ihr gar nicht mehr herantreten, weil ihr in euren Reihen schon viel bürgerliche Elemente habt.

Was halten die Sozialdemokraten in Zukunft für notwendig? Die Errichtung eines Lehrlingsheimes, eines Kleinkinderheimes, neuer Schulen, neuer Orte, neuer Kindergärten und einen großzügigen Wohnbau aus Gemeindegeldern.

Wir stimmen dem zu. Was versteht aber die S. P. unter einem großzügigen Wohnbauprogramm. Hundert Wohnungen im Jahr, die wieder in erster Linie an Protektionkinder vergeben werden? Zu dem versteht auch noch Steuern, die wieder die Proletariat tragen müssen?

Rein Wort steht im sozialdemokratischen Wahlaufruf, daß sie sich für eine bessere Arbeitslosen-, Invaliden-, Armen-, Alten-, Mütter- und Hilfslosenfürsorge einsetzen werden. Wenn nicht die kommunistische Opposition von diesem Teil des Proletariats in den Gemeinderat entsandt wird, werden die Arbeitslosen, die Armen, die Invaliden, die proletarischen Mütter, die Hilfslosen überhaupt keine Vertreter im Gemeinderat haben.

Rein Wort steht ferner im sozialdemokratischen Wahlaufruf, daß sie für eine Steuerpolitik sind, die die Steuern auf die Reichen überwälzt und von der Arbeiterschaft abwälzt. Rein Wort, daß die Verzehrssteuer, die Mutsch vor fünf Jahren noch zu den schändlichsten Einrichtungen der Gemeinde gezählt hat, beseitigt wird.

Rein Wort, daß sie zur Verbilligung der Lebenshaltung die wichtigsten Nahrungsmittel dem privaten Wucher entreißen wird, indem die Gemeinde den Verkauf von Fleisch, Brot, Milch, Kartoffeln übernimmt.

Somit beweist auch dieser Wahlaufruf der S. P. ihren kleinbürgerlichen Charakter. Von den Proletariern, die diese Wandlung der S. P. zur kleinbürgerlichen Partei bereits durchschauen, wird die S. P. am 21. April die Stimme nicht mehr bekommen. Sie werden sich für die kommunistische Opposition entscheiden.

Verbreitet den „Mahnruf“!

Märzstürme.

Gedenktage des proletarischen Befreiungskampfes.

2. März 1919. An diesem Tage versammelten sich die Delegierten des revolutionären Proletariats aller Länder in Moskau und gründeten die 3. Internationale, die kommunistische Internationale. Sie richtete ein von Trotzki verfaßtes Manifest an das Weltproletariat, in dem zum Sturz des Kapitalismus, zur Ausrichtung der Diktatur des Proletariats, zur Übernahme der Macht durch die Räte aufgefodert wird. Heute — zehn Jahre später — ist die 3. Internationale ideologisch verkommen, politisch entartet, organisatorisch zerrüttet. Aber die unvergänglichen Lehren der vier Weltkongresse unter Lenin und Trotzki sind geliebt, sie haben das geistige Rüstzeug geschmiedet, mit dem bewaffnet wir Kommunisten den Befreiungskampf des Proletariats organisieren und vorbereiten die Wiegeburt des internationalen Kommunismus und der kommunistischen Internationale.

8. März 1848. Die bürgerliche Revolution in Wien gegen Metternich, Feudalismus und Absolutismus beginnt. Sie wird schließlich im Herbst niedergeschlagen, nachdem das Bürgertum sich und seine Revolution aufblüht, da es in der Juni-Erhebung der Pariser Arbeiter bereits die drohende proletarische Revolution herausgesehen hat.

Großkampfforderungen der Wiener Metallarbeiter.

(Arbeiterbrief aus einem Wiener Großbetrieb.)

Die Arbeiterschaft der Wiener Autoindustrie hat den Unternehmern Forderungen überreicht, die über den Rahmen von sonst üblichen Forderungen hinausgehen und prinzipielle Fragen aufrollen.

Zwei Forderungen haben die gel.nte Klassenfront ausgerollt und besonderen Widerstand der Unternehmer hervorgerufen: die Bezahlung der Feiertage und die vertragliche Festlegung, wonach nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter durch die Arbeitsvermittlung in die Betriebe eingestellt werden sollen. Diese Forderungen sind eine Kampfansage der organisierten Arbeiterschaft gegen die Herren der Industrie, gegen die faschistischen Unternehmerrichtungen, die es wagen, der organisierten Arbeiterschaft die Kooperationsfreiheit zu rauben.

Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Wer nicht mit uns kämpft, der soll auch nicht die Früchte unseres Kampfes genießen! Seit es freie Gewerkschaften gibt, waren das ihre Grundsätze. Das schändliche Kapitulationen von Domes und Stein vor der Alpine, wo sie diese obersten gewerkschaftlichen Grundsätze preisgaben und die Gleichberechtigung der „Unpolitischen“ mit den freien Gewerkschaften erkannten, wird die Wiener Metallarbeiter, gerade wegen der Donawitzer Erfahrungen, nicht hindern, darauf zu bestehen, daß nur Angehörige der freien Gewerkschaften in den Betrieb eingestellt werden dürfen. Nach den bürgerlichen Gesetzen ist unlauterer Wettbewerb bei Strafe verboten. Was für den Profit gilt, muß noch viel mehr für die Arbeitskraft gelten. Die Ware Arbeitskraft, die jeder Arbeiter für Lohn zu verkaufen gezwungen ist, ist durch kein Gesetz vor unlauteren Wettbewerb geschützt; die Arbeiterschaft muß sich selbst helfen, indem sie die Forderung der Wiener Metallarbeiter zu den ihrigen macht.

Die Bezahlung der Feiertage wird von der bürgerlichen Presse als „un diskutabel“ bezeichnet. An „hohen“ Feiertagen trieft die bürgerliche Presse von Phrasen über Menschenliebe, Friede und Feiertagsfreunden. Wenn aber die Arbeiter, auf deren Kosten dieses Ausbeutens- und Schmarozgerpad gemächlich Feiertage feiert, den ihnen gebührenden Teil fordern, dann heult die Bourgeoisie „un diskutabel“ . . . Weihnachten! Die Herren der Industrie beschenken ihre „Damen“ mit kostbaren Juwelen — Arbeiterschweiß, Arbeiterblut lebt an ihnen. Schulden, gesteigerte Not, Schmalzbrot zum Mittagessen an den Feiertagen — das ist das Los der Arbeiter!

12. März 1917. Der Zarismus wird gestürzt und die Bourgeoisie übernimmt in Rußland im Einverständnis mit der Entente die Macht. Die gleichzeitige Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte setzt dieser bürgerlichen Kriegeregierung das Zentrum der proletarischen Revolution entgegen. Aus diesem Zustand der Doppelregierung ging am 7. November im bewaffneten Aufstand das Proletariat, an der Spitze der armen Bauern, siegreich hervor und errichtete den Sowjetstaat.

18 März 1871. Angesichts der waffenstarrten Armeen Preußens und des Verrates der eigenen Bourgeoisie ergreift das Pariser Proletariat die Staatsmacht und errichtet seine Diktatur, die Pariser Kommune. In einem heroischen und beispiellosen Feldenkampfe wehrt sich das ganze proletarische Paris gegen die inneren und äußeren Feinde, mangels einer zielklaren, revolutionären Partei unterliegt es schließlich dem Angriff der weißen Reaktion. In einem Meer von Blut erkauft die siegreiche Konterrevolution das rote, internationale, proletarische Paris, an dessen Spitze nicht nur Pariser, sondern auch deutsche, russische und polnische Revolutionäre kämpften und starben. Das glänzendste Blatt in der Geschichte der Kommune, das ist der Feldenkampf der arbeitenden Frauen von Paris, der opferwilligsten und kühnsten Kämpferinnen der proletarischen Kommune.

Mögen die noch im Wanne der Straße stehenden Arbeiter erkennen, wie groß die Kluft ist zwischen den Phrasen des Evangeliums und der Sprache der christlichsozialen Presse und Unternehmer, die am geschäftlichen gegen berechnete Forderungen der Arbeiter bestehen!

Die Unternehmer haben sich zur Ablehnung dieser Forderungen zusammengeschlossen.

Die Verhandlungen am Dienstag den 12. d. haben sich durch das provokatorische Auftreten des Unternehmenssekretärs Dr. Magaretha zerschlagen. Die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft antworteten mit einem Ultimatum: Wenn bis Samstag nicht neue Verhandlungen stattfinden, werden einige Betriebe in den Streik treten. Daraufhin drohten die Unternehmer mit der Aussperrung von 40.000 Metallarbeitern. In dieser gespannten Atmosphäre traten Domes und andere Sekretäre des Verbandes in „Funktion“: nicht etwa zur Organisierung des Kampfes auf der ganzen Linie, sondern zur Überwindung der Gegensätze. Dazu bot sich Gelegenheit. Die Unternehmer gaben durch die Presse und den Betriebsräten zu verstehen, wenn der Metallarbeiterverband die prinzipiellen Forderungen zurückstelle, seien sie bereit, über die übrigen Forderungen zu verhandeln. Am Samstag den 16. d. fand eine Sitzung der Betriebsräte statt, die unter dem Druck von Domes, Stein und Tomandi nach einer erbitterten Debatte mit 16 gegen 13 Stimmen beschloß, das Angebot der Unternehmer anzunehmen und die Forderung nach Bezahlung der Feiertagsbezahlung und Einstellung von nur freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern durch die Arbeitsvermittlung zurückzustellen.

Es war vorauszu sehen, daß derselbe Domes, dessen Grundsatz „Keine Sieger und Besiegten“ ist, der den Blütenberger Pakt unterzeichnete und die freien Gewerkschaften den Alpinefabriken auslieferte, keinen ernstlichen Kampf um die gestellten Forderungen führen will. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich der Verbandsvorstand nur unter dem großen Massenruck entschließen mußte, diese Forderungen aufzustellen. Aber in diesen Fragen wird es keinem noch so gefingelten Kniff gelingen, die Arbeiterschaft vom Kampf um diese grundlegenden Forderungen abzuhalten.

Von den 30 Forderungen der Arbeiterschaft der Automobilindustrie ließ die Vorstandssitzung des Metallarbeiterverbandes, die Montag den 18. d. tagte, alle bis auf 4 Forderungen fallen.

Wenn heute die jämmerlichen Kleinbürger der Sozialdemokratie zu Aposteln der bürgerlichen Demokratie entartet sind, dann mögen die Arbeiter der Worte Friedrich Engels gedenken, die er 20 Jahre später über die Kommune schrieb: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heillosen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, Ihr Herren, wollt Ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats!“

19. März 1919. In Ungarn wird die Räteregierung ausgerufen. Infolge der verhängnisvollen Politik Bela Kuns, der die ungarische kommunistische Partei schließlich mit der Sozialdemokratie vereinigte und seine Hoffnung nicht auf die schöpferische Kraft der ungarischen Arbeiter, sondern auf seine Freundschaft mit den Fabrikisten, Böhm, Kunfi usw. setzte, infolge der unvollständigen Haltung in der Agrarfrage und der Vertrauenslosigkeit Bela Kuns gegenüber der Entente, auf deren Wunsch er die eroberte Slowakei räumen ließ, wurde die ungarische Räteregierung zugrunde gerichtet. Die ungarische Revolution bewies an dem furchtbaren Verrat der sozialdem. Führer, daß die proletarische Revolution niemals mit, sondern nur gegen die Führer der S. P. siegen kann.

Die Unternehmer brauchen nur zu drohen und schon kapitalisieren die Reformisten.

Die vom Verbandsvorstand unter dem Druck der Arbeiterschaft aufrechterhaltenen Forderungen sind: 1. Bezahlung der Feiertage; 2. Erhöhung der Minirahlgelöhne; 3. Erhöhung der Akkordlöhne; 4. Erhöhung der Zeitlöhne.

Die Verhandlungen über diese Forderungen werden von den Wiener Metallarbeitern mit größtem Interesse verfolgt. Diesmal wird die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß ihr Wille zur Geltung kommt.

Arbeitseinstellung bei Fiat u. Perl.

Die Verhandlungen des Metallarbeiterverbandes mit den Autoindustriellen waren erfolglos. Die Arbeiterschaft von Fiat und Perl legte darauf die Arbeit nieder. Der Gewerkschaftsbürokratie gelang es, die Arbeiter, die den richtigen Weg zur Erläuterung ihrer Forderungen beschritten haben, wieder davon abzubringen und sie in die Betriebe zurückzuführen.

Erfolg der Kommunistischen Gewerkschafts-Opposition.

Bei den Betriebsrätewahlen in der Berliner Verkehrs-A.-G. erhielt die Opposition 10.747, die Sozialdemokraten 5.934, die Christlichsozialen 1.503, und die Deutschnationalen 1811 Stimmen.

Weitere Erfolge der Opposition.

Im städtischen Elektrizitätswerk Dresden erhielten bei der Betriebsrätewahl die Opposition 7 Mandate, die Sozialdemokraten nur mehr 2, in der Schokoladefabrik Sarotte (Berlin) erlitten die Sozialdemokraten bei der Wahl ebenfalls eine Niederlage. Die Opposition bekam 1230 Stimmen, die Sozialdemokraten nur 959.

So sieht es im Stalinapparat aus.

Bei der russischen Handelsvertretung in Paris wurden Diebstähle und Unterschlagungen in der Höhe von 4 Millionen Dollar aufgedeckt. 65 Angestellte wurden entlassen. Dieses Gesindel ist es, das den Kampf gegen die Kommun. Opposition führt.

Mordhese gegen Trotsky.

Der „Hammer“, das Organ der Antisemiten, schreibt in seiner Nummer vom 15. März:

„Wir hoffen, daß Bronstein (Trotsky), wenn er es wagen sollte, nach Deutschland zu kommen, wie ein toller Hund hier totgeschlagen wird.“ Dazu bemerkt der „Volkswille“: „Die Herren vom Hammer kommen an die falsche Adresse, denn Kommunisten pflegen nicht mit Schokolade zu schmeißen, wenn andere mit Kugeln schießen.“

Keine Gnade für Konterrevolutionäre.

Die geschlagenen Führer der mexikanischen Aufstandsbewegung haben um Friedensverhandlungen ersucht. Calles hat geantwortet, mit Verrätern wird nicht verhandelt.

Rundgebung deutscher Ärzte für Trotskys Einreise.

Wir unterzeichnen ten Ärzte, deutsche Reichsangehörige, protestieren ohne Unterschied der politischen Auffassung dagegen, daß Trotsky aus politischen Gründen verhindert werden soll, von seinen Leiden, die sich in seinem sibirischen Verbannungsort Almaty verschlimmert haben, nach seiner Wahl in Deutschland Heilung zu suchen. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie sein Einreisegesuch bewilligt, wie wir auch von der Sowjetmacht erwarten, daß sie keinen Widerstand leistet.

Berlin, im März 1929.

Walter Cahn. Ernst Daafe. Leo Klauer. Hanna Kosterlich. Vina Rosenberg. Alfred Schindler. Artur Schinagel. Bruno Steinmetz. Felix A. Theilhaber. Max Walsh.

Die Invaliden fordern von der Gemeinde die Anstellung eines zweiten Arztes, Müll hat taube Ohren.

Seipel, der Vertrauensmann der bürgerlichen Parteien, kennt keine Milde gegen Arbeitslose, Invalide und Obdachlose. Hohnlächelnd hält er als „Stellvertreter Christi“ und der österreichischen Kapitalisten den Staatsfiskus zu, wenn seine armen Bürger, die Arbeitslosen, Invaliden oder die Obdachlosen um Hilfe schreien. So erging es den Invaliden anlässlich der letzten Novelle. So wird es immer sein, solange Bürgerliche die Macht in Händen haben. Die Enttäuschungen der Kriegssopfer wurden um so größer, als das frevelhafte Spiel mit ihnen auch dort getrieben wird, wo Sozialdemokraten als führende Partei regieren. Vorbildlich nannten Muchitsch und Müll ihre soziale Fürsorgeeinrichtungen.

Nehmen wir heute die Invalidenfürsorge unter die Lupe. Seit Jahren fordern die Invaliden einen zweiten Arzt. Warum? Meldet sich heute ein Invalider krank, dann muß er 8 bis 14 Tage warten, bis er zum Invalidenarzt kommt. Hat er diesen Tag glücklich erlebt, so wird er nach mehrstündigem Warten (es sind oft 30 bis 40 Erkrankte) allordentlich untersucht. Entweder er wird nach k. l. System gesund gestempelt oder zum Bezirksarzt verwiesen.

Im letzteren Falle muß der Erkrankte erst wieder eine Anweisung in der Bezirksvertretung sich beschaffen, was wieder einige Tage Verzögerung verursacht. Soll der Krankengeldbesitzer ins Spital, muß er meist 14 Tage auf den Befund warten. Diese ständischen Zustände wagt Müll vor allem „vorbildlich“ zu nennen. Sowohl Kamerad Saischel als ehemaliger Gemeinderat sowie Invalidendeputationen haben mehrmals die Beseitigung dieser Mißstände gefordert. Vergebens! Die Gemeinde stellt einen 2. Invalidenarzt nicht an. Begründung: kein Geld. Für die zwei neuen, gut bezahlten Beamtenposten, die man beim Stadtrat für die Tramwaykartenausgabe, die der Ortsgruppe Burgasse genommen wurde, geschaffen hat, war Geld vor-

handen. Für den Gehalt, den beide bekommen, hätte ein zweiter Arzt eingestellt werden können“.

Ein Invalider.

Die Kommunistische Opposition wird es im Gemeinderat als ihre besondere Pflicht betrachten, die Art der „Müllfürsorge“ zu befechtigen, um an ihre Stelle eine Fürsorge im Interesse der Invaliden zu setzen, denn die bestehenden Zustände entsprechen nicht den Interessen der Invaliden.

Der großschändliche Grundner aus Abtissendorf über die Arbeitslosen.

„Wann i d. Seipel wa“, ließ der dreimal g'heite Grundner, Hausbesitzer und Gastwirt in Abtissendorf, von sich hören, „i tat die Arbeitslosen glei vatägen, san so nur a Hausen Dred? Wieso kommt er dazu, sich so über die Arbeitslosen zu äußern? Wer draußen am Land Versammlungen anhört, kennt die Gründe. Die Reuscher, die Klein- und Mittelbauern werden ganz ichweinißlich durch die Steuern ausgeplündert. Hunderte verlieren dabei ihren Besitz. Eine Versteigerung jagt die andere. Da kommen die Christlichsozialen, die Bauernbändler und die Heimwehren und predigen, die Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen, sind schuld an den hohen Steuern. Mit diesem Brei versuchen die Volksbetrüger den Bauern das Hirnkaffil zu vernageln, damit er nicht drauffommt, daß die Banken, das Riesenheer der hohen Staatsbeamten, der Polizeiapparat, die hohen Staatsfunktionäre Seipel, Rintelen und Konsorten sozial auffressen, daß der Bauer unter der Steuerlast zusammenbricht. Für die Arbeitslosen zählt der Staat keinen Groschen. Die Arbeitslosenunterstützung wird ganz von den Arbeitern und Arbeitgebern getragen, und die Arbeitslosen möchten lieber arbeiten. Das soll sich die Dorfleuchte von Abtissendorf hinter die Ohrwachs schreiben. Bei ihm kriecht halt auch das Kamperl alle Säfte auf und stirbt. Gehirn bleibt kein Schmalz mehr übrig und da trocknet halt die Hirnkammer ein. Es ist das eine sehr böse Krankheit und wer Zeit hat soll die Dorfleuchte von Abtissendorf betauern.“ Arbeiter-Korrespondenz.

Die vorbildliche Fürsorge der Gemeinde Graz.

Die Arbeitslosen mit niederem Satz bekommen jetzt erst die Kohle. — Für die Osteraushilfe hat die Gemeinde wieder nur einen oder zwei Wochen Brot übrig.

Wenn im Februar, wo tatsächlich eine Kohlenkrise herrschte, nicht auf einmal mit einem Schlage die erforderliche Menge von 110 Waggon Kohlen für die Arbeitslosen ausgebracht werden konnte, war dies begreiflich. Aber schon anfangs März war die Kohlenaufbringung wieder auf normalem Geleise. Auf mehrfache Anfragen unerseits bei der Industriellen Bezirkskommission wurde uns immer die Versicherung gegeben, daß alles getan werde, um die Kohlenausgabe fortzusetzen. Die Arbeitslosen, die Altdresdener warteten aber weiters vergebens. Auf eine telephonische Anfrage des Gen. Pfneißl beim Bürgermeister Muchitsch, wann endlich die Kohlenausgabe an die mit niederem Satz durchgeführte wird, antwortete dieser: „Nach den Ostern!“ Für diese rüchlichste Verzögerung gibt es nur eine Erklärung. Die Herren litten keine Kälte und hatten

deshalb kein Verständnis für die Arbeitslosen.

Die Arbeitslosen werden nun wieder mit einem Osterbrot beglückt. Das kostet der Gemeinde 4500 S. Seht hinauf zu Müll und fragt ihn, ob es nicht möglich wäre, den Arbeitslosen auch ein Fleisch zu geben — er wird Euch antworten: „Die Gemeinde hat kein Geld!“

Wir haben Euch schon verschiedene Vorschläge aufgezählt, für die die Gemeinde weit mehr Geld hat als für die Arbeitslosen. Wer keinen kurzen Bestand hat, wird sich merken. Jetzt läßt Müll auch ein Geschäftswerk der Gemeinde Graz verfassen, ein Buch, das vielleicht 1000 Seiten haben wird, und dafür gibt die Gemeinde 20.000 Schill. (200 Millionen Kronen) aus. Und da gibt es noch Arbeitslose, die sich von den Sozialdemokraten bei der Nase herumführen lassen.

Die sozialdemokratische „Göc“ sperrt 110 Arbeiter aus.

Die Arbeiter des Zentralwarenlagers Wien, der Großverkaufsgesellschaft der österreichischen Konsumvereine (Göc) forderten, daß ihnen für 3 Feiertage, die sie sich „ablassen“ ließen, dieselben Zulagen gegeben werden, wie den Angestellten. Die Göc lehnte die Erfüllung dieser Forderung ab. Darauf traten die Arbeiter in Streik. Jetzt kamen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den sozialdemokratischen Ökondirektoren zu Hilfe, erklärten den Streik als „wild“

und verweigerten eine Streikunterstützung. Die Ökondirektoren gingen noch weiter, sie sperrten 110 Arbeiter aus. Wo ist da noch Unterschied zwischen ihnen und den Bürgerlichen?

Christlichsoziale Futtertruppen.

Bei der Gebietskrankenkasse Südoft wollten die Christlichsozialen den Direktor und die beiden Direktorenstellvertreterposten mit Parteiangestellten aus ihren Reihen besetzen und jeden einen Gehalt von 850 S monatlich geben. Die Schweinerei wurde durch die Mitglieder der Kasse verhindert.

Sozialdemokratische Irreführung.

Den Arbeitern eingureden, die „Kommunistische Opposition“ hätte keine Aussicht in den Gemeindevorstand zu kommen, wird von den Sozialdemokraten das Gerücht ausgebreitet, daß für ein Gemeinderatsmandat 5000 Stimmen notwendig sind. Das ist nicht wahr. Für ein Mandat sind 1200 bis 1400 Stimmen erforderlich. Die Kommunistische Opposition hat allein viermal mehr „Wahnruf“-Wähler in Graz als Stimmen auf ein Mandat kommen.

Die Gewerkschaften und der Betriebsföschismus.

(Fortsetzung.)

Gegenwärtig, wo wir erst am Beginn des Eindringens des Faschismus im Betrieb stehen, hat er es sich zur zentralen Aufgabe gemacht, den sogenannten „Organisationsterror“ zu brechen, das heißt das Gleichberechtigungrecht seiner gelben mit den freien Gewerkschaften zu erkämpfen. Der Kampf geht darum, das Prinzip vom „geschlossenen Betrieb“ zu sprengen, den Arbeitern in einer Zeit, in der sich die Unternehmer ausstaffieren organisiert haben, das Recht zu nehmen, nur mit Arbeitern, nicht aber mit bestochenen Unternehmerhelflingen zusammenzuarbeiten. Der Kampf um das Recht auf den „geschlossenen Betrieb“ wird zur Waffe des Kampfes der Arbeiter.

Wachtung am Wahltag vor falschen kommunistischen Stimmszetteln! Der richtige Stimmsettel trägt die Bezeichnung: „Kommunistische Opposition“ (Linke Kommunisten).

Klasse, zu einer Frage des Seins oder Nichtseins.

Verteidigen die Gewerkschaftsbürokraten dieses Grundrecht der Arbeiterklasse? Solange es nicht angegriffen wird, verteidigen sie es in Wort und Schrift. Aber sobald der Kampf um den geschlossenen Betrieb einsetzt, kapitulieren sie schmachvoll, wie der Hüttenberger Pakt beweist. Wenn das Recht auf den geschlossenen Betrieb bestehen bleiben, wenn das Eindringen des Betriebsfaschismus abgewehrt werden soll, dann muß innerhalb der Gewerkschaft der zäheste Kampf gegen den Reformismus geführt werden, dann müssen sich die Arbeiter klar sein, daß die Gewerkschaftsführer diesen Kampf niemals ernsthaft führen werden. Nur wenn sich die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zu Klassenfraktionen zusammenschließen, nur wenn sie aktiv, energisch und planvoll der Gewerkschaftsbürokratie entgegenarbeiten, werden sie den Verfall der Gewerkschaften, ihr Zerbröckeln zu Fesseln des Klassenkampfes aufhalten, werden sie die Unorganisierten der Gewerkschaft zuführen.

In den Gewerkschaften muß dieser Kampf geführt werden, nicht gegen die Gewerkschaften, sondern gegen den Reformismus und die bürokratische Willkürherrschaft, für den Klassenkampf und die

Arbeiterdemokratie. Je stärker solche Klassenkampfaktionen werden, je mehr sie das Spiel des Reformismus durchkreuzen, die Friedhof-Nülle in den Gewerkschaften besellian und sich nur in wichtigen Betrieben und Industriezentren festsetzen, umso stärker wird die Anziehungskraft der Gewerkschaften auf die noch nicht Organisierten werden.

Wir wissen sehr gut, daß die Gewerkschaftsführer zehnmal lieber die Gewerkschaften spalten, als die Macht aus den Händen geben. Das darf und wird uns niemals zum Verzicht auf den Kampf gegen den Reformismus veranlassen, aber das zwingt die Klassenkampfaktionen, alles zu vermeiden, was den Gewerkschaftsführern im Bewußtsein der Massen Grund und Recht zur Spaltung gibt.

Man muß sich vollständig klar darüber sein, daß die Taktik in den Gewerkschaften letzten Endes von der allgemeinen politischen Lage abhängt. Wenn wir heute bereits eine stürmisch ansteigende Rehabilitierung der Massen hätten, wenn sich die Widersprüche der Stabilisierung unmittelbar zu einer akuten revolutionären Periode entwickeln würden, dann könnten die Gewerkschaftsführer unter dem Druck der Massen nicht so leicht Spaltungen durchführen, besser gesagt, die Abspaltung der revolutionären Opposition vornehmen.

Eine solche akuten revolutionären Periode ist gegenwärtig noch nicht vorhanden, wenn wir ihr auch

näher sind, als viele sozialdemokratischen Genossen glauben. Und da wir wissen, wie schwach die Ansätze zu organisierten Klassenkampfaktionen in den einzelnen Gewerkschaften sind, so heißt es mit aller Bähigkeit mit den Gewerkschaften Stellungskrieg gegen den Reformismus zu führen.

(Schluß folgt.)

Stummer Protest der Arbeiterschaft gegen Rückl.

Am Montag, den 18. März eröffnete die S. P. mit einer Versammlung in der Industriehalle ihren „Wahlkampf“. Nach dem Referat des Bürgermeisters Rudolph kam Rückl zum Wort. Wie auf ein verabredetes Signal verließ die Hälfte der Versammlungsbesucher, als er zum Sprechen kam, den Saal. Rückl ist der unpopulärste Kandidat der sozialdemokratischen Liste. Trotzdem wurde er den sozialdemokratischen Arbeitern von der Partei aufgezwungen. Warum das? Weil die sozialdemokratischen Parteiführer für seine kleinbürgerliche Finanzpolitik sind.

Spendet für den Wahlfond!

Da der Arbeitslose erst von den Tag an, wo er sich beim Arbeitslosenamt zur Unterstützung meldet, die Unterstützung bekommt, ist notwendig, daß jeder die Meldung raschest vornimmt. Mehrfach besteht die irrige Auffassung, daß die Unterstützung von dem Tag gegeben wird, wo man arbeitslos wurde. Wenn beispielsweise ein Arbeiter am 2. des Monats entlassen wird und sich erst am 20. zur Unterstützung meldet, so bekommt er die Unterstützung nicht vom 2. des Monats, sondern vom 20. des Monats.

3. Während einer Krankheit wird dem Arbeitslosen die Unterstützung nicht gegeben. Die Industrielle Bezirkskommission vertritt den Standpunkt, daß nur derjenige Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, der vermittlungsfähig ist. Bezüher der Volkshausausgaben und der Beihilfen (grüne Karten) bekommen im Krankheitsfalle, wenn sie in

Zur Gemeinderatswahl am 21. April.

Wer enden will in Dreck und Mist, Der werde schnell Heimwehfaschist. Und wer das glaubt, daß Herr und Knecht Sei ewig und sei göttlich' Recht, Dem möchten wir pflichtschuldigst raten: Er wähle „Rückl-Demokraten“!

Arbeitslose, die Arbeit bekommen

und bisher bei der Finanz des „Wahnruf“ gekauft haben, dürfen nicht vergessen bei der Umwidmung ihn zu abonnieren, indem sie Name und Adresse dem Volkpötrier übergeben.

Verschiedenes.

Blutbad in Tokio. Nach der Rundgebung für den ermordeten Arbeiterabgeordneten Yamamoto kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. 9 Arbeiter wurden getötet, 30 schwer verletzt.

28.000 Menschen von Wasser eingeschlossen. In Südamerika sind fünf Städte unter Wasser. Die Bewohner müssen durch Flugzeuge mit Lebensmitteln versorgt werden.

Durch ein herabfallendes Gefirnisküß wurde in der Brigittenau in Wien eine Frau am Kopf getroffen und war auf der Stelle tot.

2375 Millionen wurden nach der Vermögenveranlagung vom statistischen Reichsamte in Deutschland gezählt.

Durch Beimengung von feingemahltem Glas in Speisen erkrankten in Ruitenberg zwei Ärzte. Einer starb an den Folgen. Die Täter konnten nicht ausgeforscht werden.

Marshall Joch, einer der größten Kriegsheer Frankreichs, ist gestorben. Als Ministerpräsident Poincaré der Kammer vom Tode Jochs Mitteilung machte, erhoben sich außer den Kommunisten alle Abgeordneten von den Sitzen. Kommunisten ehren keinen Massenmörder!

Wilhelm Gewinne im Weltkrieg. Das arbeitende Volk aller Länder ist in den Kriegsjahren verarmt. Dieses Schicksal traf besonders jene, die ihren letzten Groschen in Kriegsanleihe zeichnelten. Wilhelm II. war klüger. Er legte seine Gewinne aus seinen Hypotheken und Aktien in die Sparkasse und sein Vermögen stieg während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 von 31 Millionen auf 41 Millionen Goldmark.

Wahlfond-Ausweis Nr. 3

kann wegen Raummangel erst in Nr. 14 gebracht werden. Genossen und Genossinnen, die noch nichts abgerechnet haben, werden ersucht, abzurechnen oder die Sammelblöcke retour zu geben.

Arbeiter-Bildungsverein „Karl Lenin“.

Mittwoch, den 27. d., um halb 8 Uhr abends, 9. Bez., Lazarettgasse 12, Gasthaus Kimmrigger: Vortrag „Erganzungsproblem der revolutionären Gewerkschaftsbewegung“. Referent Karl Daniel. Gäre willkommen!

Kindertische Ehepaar sucht kleines Kabinett oder solides Bettlager. Anfragen sind zu richten an die Redaktion des „Wahnrufes“.

2 Reichsbetten samt Einsatz und Matratzen billigst zu vergeben. Zu erfragen bei der Redaktion.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

II.

1. Karenzfrist. Nach einer Arbeitsdauer bis 35 Tagen gibt es keine Karenzfrist, das heißt, der Arbeitslose bekommt ohne Wartezeit die Unterstützung. Nach 36 Arbeitstagen beträgt die Karenzfrist 1 Tag, nach 37 Arbeitstagen 2 Tage, nach 38 Arbeitstagen 3 Tage, nach 39 Arbeitstagen 4 Tage, nach 40 Arbeitstagen 5 Tage, nach 41 Arbeitstagen 6 Tage, nach 42 Arbeitstagen 7 Tage und über 42 Arbeitstagen bleibt die Karenzfrist bei einer Woche. Wenn ein Arbeiter z. B. 38 Tage gearbeitet hat, am 1. eines Monats arbeitslos wird und sich am 1. zur Unterstützung anmeldet, bekommt er dieselbe erst vom 4. des Monats, weil er 3 Tage Karenzfrist oder Wartezeit hat.

2. Die Anmeldung zur Unterstüt-

häuslicher Pflege sind und wenn sie eine Beschäftigung von Mietparteien, Hausherrn oder Arzt bringen, die Unterstützung eine Woche ohne Kontrollmeldung weiter. Dann wird auch ihnen die Unterstützung eingestell. Nach einem Krankheitsfall, und mag er noch solange gebauert haben, muß der Arbeitslose, wenn er sich sogliche wieder meldet, die Unterstützung bekommen. Ebenso wie während eines Krankheitsfalles der Anspruch auf Unterstützung aufhört, gilt dies auch für die Zeit einer Freiheitsstrafe oder einer Unterstützung.

3. Schwangere Frauen haben, sofern sie kein Krankengeld erhalten, Anspruch auf Unterstützung auch während der Zeit der Entbindung. 4 Wochen vor der Entbindung und 2 Wochen nach der Entbindung brauchen Frauen nicht zur Kontrollmeldung gehen, sie müssen allerdings ihre Schonungsbedürftigkeit durch ein ärztliches Zeugnis belegen. (Fortf. folgt.)